

Die sozialistische Demokratie ständig weiter zu entfalten und zu vervollkommen, ist eine der grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der Errichtung des Sozialismus, seine Stärke und historische Überlegenheit werden entscheidend von ihrer konsequenten Durchsetzung bestimmt. In unserer Republik sind Staats- und Kommunalpolitik geprägt von der kontinuierlichen Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie als notwendiger immanenter Bestandteil des Prozesses tiefgreifender politischer, ökonomischer, sozialer und geistig-kultureller Wandlungen bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.

Dieser Prozeß qualitativer Wandlungen ist keinesfalls abgeschlossen; seiner Weiterführung dient wesentlich unsere Kommunalpolitik, durch die in hohem Maße der Sinn des Sozialismus für jeden einzelnen Bürger spürbar wird. Im täglichen Leben, in der beruflichen und gesellschaftlichen Tätigkeit jedes Bürgers realisieren sich die Einheit von Politik, Ökonomie und Ideologie, die Verbindung von persönlichen, kollektiven und gesellschaftlichen Interessen, die enge Wechselbeziehung von sozialistischer Demokratie und allen anderen Sphären des gesellschaftlichen Lebens in unserer Republik.

Kein Fortschritt, den wir in Verwirklichung der vom VIII. Parteitag der SED beschlossenen Hauptaufgabe in der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik auf wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technischem und sozialem Gebiet erzielt haben, wäre denkbar ohne diese stetige Entwicklung und Vervollkommnung der Demokratie als jene Hauptpraxis, in der wir unseren sozialistischen Staat gestalten und stärken. Diesen Kurs der Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie werden wir mit aller Konsequenz fortsetzen. Wir brauchen dazu weder die „Empfehlungen“ der Gesundheitsbetreiber des Kapitalismus zur „Verbesserung“ unserer Demokratie noch die Übernahme der in imperialistischen Staaten geübten Praktiken der bürgerlichen Demokratie.

Was kennzeichnet die Entwicklung der sozialistischen Demokratie in der DDR, und was heißt es, sie weiterhin zu entfalten und zu vervollkommen?

• Nach der Befreiung unseres Volkes von der faschistischen Herrschaft begannen wir in der damaligen sowjetischen Besatzungszone mit der demokratischen Erneuerung des gesellschaftlichen Lebens. Im engen Zusammenwirken von Kommunisten mit Sozialdemokraten und anderen progressiven Kräften wurden antifaschistisch-demokratische Machtorgane geschaffen, die durch breite Mitwirkung von Bürgern aller Klassen und Schichten die demokratische Umgestaltung sicherten und so zu einer wichtigen Voraussetzung für den revolutionären Übergang zum Sozialismus, zur sozialistischen Demokratie wurden.

• Die Entwicklung der sozialistischen Demokratie erfolgte und erfolgt in unserer Republik in der Einheit und Wechselwirkung mit der Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse und unserer wirtschaftlichen Leistungskraft sowie der ständigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Werktätigen. Das entspricht der Leninischen Auffassung, wonach die Art und Weise der Demokratie von den Produktionsbedingungen der Gesellschaft bestimmt wird und die Demokratie wiederum einen entscheidenden Einfluß auf die ökonomischen und sozialen Verhältnisse ausübt. In der Kommunalpolitik widerspiegelt sich diese Dialektik in der Gemeinschaftsarbeit zwischen örtlichen Staatsorganen und Betrieben, Genossenschaften und anderen gesellschaftlichen Institutionen, z.B. auf der Grundlage von Kommunalverträgen und in der Arbeit territorialer Interessengemeinschaften.

• Kennzeichnend für die gesellschaftliche Gesamtentwicklung in unserer Republik – und so auch für die Entwicklung der sozialistischen Demokratie – war und ist die Dialektik von Kontinuität und qualitativer Veränderung. Sozialistische Demokratie ist ihrem Wesen nach immer Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des werktätigen Volkes. Der Grad ihrer Verwirklichung aber, ihre konkreten Formen und Methoden hängen wesentlich ab von materiellen wie auch geistigen Voraussetzungen, die im Prozeß der Errichtung der sozialistischen Gesellschaft in immer größerem Umfang und auf ständig höherem Niveau geschaffen werden. Jede neue Reifestufe des Sozialismus ist verbunden mit einer Höherentwicklung des politischen Systems und der sozialistischen Demokratie.

Sozialistische Demokratie funktioniert und verwirklicht sich in hohem Maße im kommunalen Bereich. Zwischen Kommunalpolitik und Staatspolitik besteht ein enger Zusammenhang, und über die Wirkungen der Kommunalpolitik wird wesentlich die Haltung der Bürger zur Staatspolitik bestimmt. Durch demokratische Mitarbeit der Bürger muß daher ständig neu die Übereinstimmung zwischen kommunalen Strategien und Entscheidungen und der Gesellschaftsstrategie hergestellt werden.



Blick von der Loschwitzhöhe auf Dresden – für Tausende Studenten die „Heimat auf Zeit“.

Eine gute Ehe: Sozialistische Demokratie und Kommunalpolitik



Studenten der Sektion Bauingenieurwesen bei Aufmaßearbeiten zur Rekonstruktion von Altbauten in der Dresdner Neustadt.



Kunst- und Kulturmarkt auf dem Wasaplatz in Dresden-Süd – hier fühlen sich auch unsere Studierenden „echt zu Hause“.

Das Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen vom 4. Juli 1985 ist die staatsrechtliche Grundlage einer leistungsorientierten und bürgernahen Kommunalpolitik in unserer Republik. Die Konzeption der Kommunalpolitik geht von der Erkenntnis aus, daß das Verhältnis der Bürger zu ihrem Staat entscheidend geprägt wird von den Bedingungen, unter denen sie leben, arbeiten, wohnen – kurz, von vielfältigen konkreten Bedingungen des jeweiligen Territoriums der Stadt, der Gemeinde. Demokratische Aktivitäten hängen demzufolge nicht zuletzt davon ab, ob und wie die kommunalen Einrichtungen und Dienstleistungen ihren Interessen und Ansprüchen gerecht werden und wie sie selbst auf Veränderungen und Verbesserungen Einfluß zu nehmen vermögen.

Zweifellos entwickeln sich auch auf kommunaler Ebene viele Bedürfnisse oft schneller als die materiellen und finanziellen Möglichkeiten ihrer Befriedigung. Vorschläge und Vorhaben, deren Realisierung im Verantwortungsbereich örtlicher Volksvertretungen liegt, bleiben gute Absichten, solange diese Möglichkeiten fehlen oder durch gesellschaftliche Erfordernisse und soziale Interessen bestimmte Prioritäten gesetzt sind. Die Verwirklichung unseres großen Wohnungsbauprogramms gestattet zweifellos gegenwärtig nicht zugleich auch noch eine umfassende Erneuerung des Straßennetzes der Stadt Dresden.

Zunehmende Bedeutung für die Erschließung territorialer Ressourcen erlangt die Zusammenarbeit von Volksvertretungen und Leitungen der Betriebe, Genossenschaften, Forschungs- und Bildungseinrichtungen. Der 1. Sekretär der Bezirksleitung der SED Dresden, Dr. Hans Modrow, sprach in diesem Zusammenhang in seiner Diskussionsrede auf der 7. Tagung des ZK der SED vom notwendigen größeren Leistungszuwachs im örtlichen Bauwesen und der höheren Wirksamkeit territorialer Rationalisierung. So wurden und werden in allen Städten und Dörfern mit Blick auf die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 und den 40. Jahrestag der DDR Programme erarbeitet, die auf konkrete Ergebnisse zum Wohle der Bürger zielen.

Was die Verbindung zwischen der Stadt Dresden und ihrer Volksvertretung und unserer Technischen Universität betrifft, so gibt es hier ohne Zweifel noch große Reserven, die im engen Zusammenwirken von kommunalen Organen und Leitungen der TU zu erschließen sind. Insbesondere gilt das auch für die breitere demokratische Mitwirkung der TU-Studenten, die, wie man zu Recht sagt, hier in einer „Stadt“ in der Stadt leben. Selbst jene Studenten, die „Dresdner auf Zeit“ sind – viele Studenten haben ja in unserer Stadt ihren ständigen Wohnsitz – sind keine Zaungäste der Kommunalpolitik und können es nicht sein. Sie haben ein Interesse an kommunalen Angelegenheiten der Stadt, an den Fortschritten im Wohnungsbau, am Funktionieren des Verkehrsnetzes, an der Verbesserung der Dienstleistungen und der Versorgung durch den Einzelhandel, am Kultur- und Kunstleben und an der ständigen Förderung des Niveaus dessen, was Dresden seinen Besuchern aus aller Welt zu bieten hat.

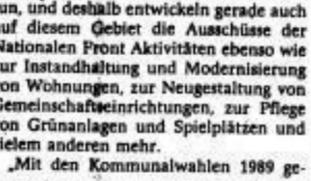
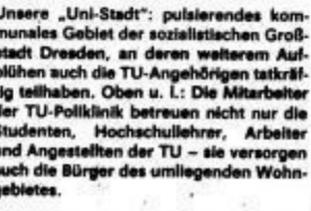
Der aktiveren Einbeziehung der Studenten – auch über den Rahmen der Sektionen Bauingenieurwesen und Architektur hinaus – in die Entscheidungsfindung und Lösung kommunaler Aufgaben sollte deshalb bei weiteren Vereinbarungen und in der Zusammenarbeit zwischen der TU-„Stadt“ und unserer Stadt Dresden noch größere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die Vorbereitung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 bietet dafür gute Ansatzpunkte. Der intensive politische Dialog mit allen Bürgern in den Wochen der Wahlvorbereitung sollte bei unseren Studenten vor allem das Ziel haben, sich stärker der eigenen Verantwortung auch gegenüber kommunalen Aufgaben bewußt zu werden, die Bereitschaft zu demokratischem Engagement zu fördern und die eigenen Aktivitäten zu erhöhen. Jeder Student unserer Universität sollte bestrebt sein, schon während der Studienzeit eigene Erfahrungen mit der sozialistischen Demokratie zu sammeln und sich so überzeugen, daß seine Meinung gefragt und geachtet ist, daß er in allen gesellschaftlichen Angelegenheiten mitentscheiden und mitwirken, die Dinge verbessern und verändern kann.

Überall sichtbar in unserem Lande sind die Ergebnisse der Bürgerinitiative „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“ wobei gleichzeitig die Rückstände vieler großer Städte wie Dresden, vor allem in puncto Sauberkeit, nicht übersehen werden dürfen. Fortschritte brachten gerade auch in Dresden die in der zu Ende gehenden Wahlperiode beschlossenen Förderungsmaßnahmen für das private und genossenschaftliche Handwerk sowie die privaten Händler und Gastwirte hinsichtlich besserer Versorgung mit Dienstleistungen

ben wir einen weiteren Schritt zur Vervollkommnung unserer sozialistischen Demokratie“ und „... zur weiteren Qualifizierung unserer Kommunalpolitik...“. Mit dieser Orientierung wird das „Grundanliegen“ dieser Wahlen genannt. Und Genosse Erich Honecker unterstrich im Bericht des Politbüros an die 7. Tagung des ZK der SED: „Gerade auch in der Kommunalpolitik bestätigt sich, daß die Mitarbeit der Bürger in dem Maße zunimmt, wie sie konkret über die Ziele unserer Politik und über kommunale Vorhaben Bescheid wissen, wie ihre Vorschläge und Ideen aufgegriffen und beantwortet werden...Ihrer demokratischen Mitarbeit breiter Raum gegeben wird.“

Prof. Dr. sc. phil. Rudolf Jenak/
Prof. Dr. sc. phil. Werner Strauß/
Sektion Marxismus-Leninismus



Kommunalverträge verbinden die TU eng und effektiv mit dem Territorium. Hier ein Dank – in Metall gegossen.



Künstlerische Kollektive wie das FDJ-Sinfonieorchester – unser Foto – der TU erfreuen mit ihrem Können auch bei Auftritten in der Elbestadt.



„Schöner unsere Stadt!“ – TU-Studenten sind immer dabei.

Fotos: Sütterlin (8), Abendthum (3), Friedel (2), Poga, Hennig